

In Paul Schiefer und ausfällig Informationen aus unserer Journalredaktion.

Es ist 8 Uhr.

Ö1, Journal um 8.

Montag, der 27. März. Guten Morgen.

Ein Streiktag, wie es ihn seit 30 Jahren nicht mehr gegeben hat, legt heute Deutschland lahm mit Auswirkungen auch in Österreich.

In der SBE hat man alle Hände voll zu tun, um die Entscheidung über die Führung der Partei in geordnete Bahnen zu lenken.

Dazu hören Sie gleich den Politologen Peter Filzmeier.

In Israel sorgt die Justizreform weiter für Turbulenzen.

Der Verteidigungsminister hat sich für eine Verschiebung der Reform ausgesprochen.

Wenig später hat den Regierungschef Netanyahu entlassen.

Jetzt gibt es wieder landesweite Proteste.

Und im Libanon hat die Umstellung auf die Sommerzeit am Wochenende nur teilweise stattgefunden und jetzt muss man in dem kleinen Land mit zwei Zeitzonen zurechtkommen.

Die Wetteraussichten hat Grunderschulle.

Eine Front zieht nach Südosten ab, die nächste kommt schon von der Schweiz um Bayern herein.

Bergab geht's heute mit den Temperaturen und auch mit der Schneefallgrenze.

Die wird auf 800 bis 300 Meter sinken.

Von Vorarlberg bis zu den niederösterreichischen Voralpen regnet und schneidet es heute immer wieder.

Entlang und nördlich der Donau und im Süden und Südosten Österreichsfall

mit den nächsten Stunden dichtere Wolken und ein paar Schauer.

Im Lauf des Nachmittags dann aber auch Sonnenfenster.

Allerdings legt auch Nordwestwind kräftig zu, nämlich meist auf 50 bis 80 Kilometer pro Stunde.

Von den hohen Tauern über den Norden der Steiermark bis in südliche Niederösterreich

und bis ins Mittelburgenland ist sogar mit Sturmböen um 100 Kilometer pro Stunde zu rechnen.

Die Höchsterste meist 1 bis 10 im Süden vereinzelt bis zu 13.

Und in 2.000 Meter um minus 8 Grad.

In Deutschland liegt ein Streik heute.

Vieles lahm betroffen sind Züge, Busse, Flugzeuge und sogar Schiffe.

Besonders davon betroffen sind auch alle Verbindungen über das Deutsche Eck,

was Tausende Zugreisende zwischen Wien, Salzburg, Tirol und Vorarlberg zu spüren bekommen.

Sie müssen alle mit stundenlangen Verspätungen rechnen,

berichtet Wolfgang Bömer aus Wörgel in Tirol.

Für alle Zugreisenden in Richtung Salzburg oder dann mit dem Wildschild eben weiter nach Linz oder Wien wollen,

ist hier in Wörgel heute vorläufig Schluss.

Die Menschen, die betroffen sind, bleiben im Zug sitzen,

gibt dann ungefähr hier um 7 Uhr Frühwärter, so eine halbe Stunde Stopp, Wartezeit

und dann wird der Zug über Zell am See weiter nach Salzburg geführt.

Einige sind ziemlich verärgert, wollen auch gar nicht wirklich darüber sprechen.

Die anderen, die hier im Zug sitzen und warten, sind grosser als eigentlich relativ entspannt.

Ich muss nach Wien fahren.

Haben Sie davon gewusst von diesem Streik?

Ja, eigentlich ja.

Aber was konnte ich machen?

Ich hatte keine Wahl, ja.

Sie müssen zum Arbeiten nach Wien?

Genau.

Wie viel länger fortschätzt?

Ich glaube schon so eine Stunde länger.

Ob Sie es gewusst vorher?

Ja, der Lehrer hat es ins geschrieben.

Wir haben auch eine Wienwoche.

Eigentlich ist jetzt nicht eine Umstellung aus, was wir länger brauchen und an den ersten Tagen schon fast keine Sachen haben.

Wir sind es heute Freitag beim Umplanen.

Wie schaut jetzt die Umplanung aus?

Glücklicherweise können wir im Zug sitzen bleiben bis nach Wien.

Gute Nerven, glaube ich, und einfach, dass wir schauen, dass wir gut unten ankommen, hoffentlich.

Also, uns hat der Schaffner gesagt, wir können sitzen bleiben bis nach Wien.

Ich hoffe, dass das so funktioniert.

Ich habe sie schon geahnt.

Also, die Alternative wäre gewesen, mit dem Auto zu fahren, aber ich glaube, das braucht man genauso lange.

In Summe betrifft das hier allein in Wirgel heute 16-Rail-Jet, die eben umgeleitet werden, jeweils mit bis zu 600-700 Personen im Zug schätzt über Besprecher Christoph Kassermeier.

Wir haben als Ersatzmaßnahme alle zwei Stunden einen Zug über Zell am See mit Umstieg in Wirgel und in Salzburg.

Das bedeutet aber für die Reisenden leider, dass sich die Fahrzeit deutlich erhöht.

Vorhin gibt es auch Shuttle-Busse, die stündlich zwischen Kuhstein und Salzburg fahren.

Hier gibt es aber keine Platzgarantie, schlicht, weil zu viele Fahrgäste betroffen sind und man nicht alle aus einem Zug sofort in genügend Busse bringt.

Also, kurz gesagt, wir bemühen uns sehr, wir tun, was möglich ist.

Allerdings sind uns ja auch Grenzen gesetzt.

Generell gilt heute die Empfehlung, wer nicht unbedingt muss, sollte auf Zugfahrten verzichten.

Wer schon Entdickert hat, der kann es stornieren oder auch zurückgeben.

Der Grund für die Verzögerungen ist, wie gesagt, ein 24-stündiger Warnstreik in Deutschland.

Die Gewerkschaften wollen damit den Druck bei den laufenden Lohnverhandlungen noch einmal erhöhen.

Manuel Marold über die Auswirkungen und Hintergründe des Streiks.

Einen so umfassenden Streik im öffentlichen Verkehr, wie heute in Deutschland, hat es nach Angaben der Gewerkschaft seit über 30 Jahren nicht mehr gegeben.

Ursache des Arbeitskampf sind stockende Tarifverhandlungen für die Beschäftigten von Bund und Kommunen,

sowie Eisenbanner.

Die Gewerkschaft Verdi, die für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes verhandelt,

fordert ein Lohnplus von 10,5 Prozent, mindestens aber 500 Euro monatlich mehr.

Die deutsche Eisenbahner Gewerkschaft fordert ein Plus von 12 Prozent, bzw. mindestens 650 Euro mehr im Monat.

Die Tarifgespräche werden auch am heutigen Streiktag teilweise fortgesetzt.

Ob es zu weiteren Ausständen kommen wird, ist derzeit unklar.

Dass Züge, Busse, Schiffe und Flugzeuge in Deutschland seit Miernacht für 24 Stunden stillstehen, hat unweigerlich auch Auswirkungen auf den Verkehr von und nach Österreich.

So sind vor allem jene Züge betroffen, die normalerweise übers deutsche Eck fahren.

Sie enden in Salzburg bzw. Kufstein.

Zwei ist ein Schienenersatzverkehr eingerichtet worden, aber so über Besprecher Klaus Baumgartner.

Das Ganze bedeutet für die Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer eine Verlängerung der Fahrtzeit von bis zu drei Stunden.

Auswirkungen des Streiks sind auch im grenzüberschreitenden Nahverkehr sowie bei den Nachzügen spürbar.

Der Streik im Nachbarland führt auch dazu, dass die meisten Flugverbindungen zwischen Österreich und Deutschland heute ausfallen.

Allein bei Austrian Airlines sind 65 Flüge zwischen Wien und Destinationen in Deutschland betroffen.

Eine Mitgliederbefragung, ein Parteitag und endlich eine geklärte Führungsfrage, so hat man sich das in der SBO zuletzt vorgestellt.

Doch jetzt hat man alle Hände voll zu tun, das Ganze in geordnete Bahnen zu lenken.

73 Personen haben sich für den Vorsitz beworben.

Wie es jetzt weitergeht, darüber berichtet Jürgen Pettinger.

Ob am Ende wirklich 73 Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl stehen, soll heute in einer Sitzung des SBO-Parteipräsidiums diskutiert werden.

Vieles deutet daraufhin, dass es noch einen weiteren Auswahlprozess geben könnte.

Die Bundespartei speist sich bisher sehr bedeckt über das weitere Vorgehen und auch über die Namen auf der Liste.

Der bekannteste dürfte neben Pamela Rendivagen und Hans-Peter Doskozil, der des Dreiskirchner Bürgermeisters Andreas Barbla bleiben.

Zumindest auf Social Media hat er mit seiner Kandidatur für Aufsehen gesorgt, sagt der Kommunikationsexperte Roland Puck.

Seine Communities sind die, die am stärksten wachsen auf allen Plattformen, die aktiv sind.

Im Verhältnis ist da seit Bekanntheit bei seiner Kandidatur mehr los als bei Bundespräsidenten und Bundeskanzler zusammen.

Insgesamt sind zuletzt auch rund 9.000 neue Mitglieder der SBO beigetreten.

Insgesamt werden am Ende damit rund 147.000 Menschen stimmberechtigt sein.

Und ich bin jetzt mit dem Politologen Peter Vilsmaier verbunden. Guten Morgen.

Einen schönen guten Morgen.

Herr Vilsmaier aus einem Zweikampf sind also 73 Bewerbungen für den Parteivorsitz geworden.

Wisseher ist die Parteiführung der SBO von dieser Dynamik überrascht worden?

Die Parteiführung ist offensichtlich geradezu überrumpelt worden.

Denn das Problem ist ja nicht die direkte Demokratie.

Das Problem sind auch nicht viele Bewerberinnen und Bewerber, hauptsächlich Männer. Auch wenn da einige freiwillige oder unfreiwillige Satirekandidaten dabei sein mögen. Das Problem ist, dass man sich über demokratische Abstimmungen keinerlei Gedanken gemacht hat. Denn man kann unterschiedlichster Meinung sein. Alles das, was heute diskutiert wird. Man kann eine bestimmte Unterschriftenzahl von Mitgliedern verlangen, dass jemand kandidieren kann.

Man kann ein Nominierungsrecht für Teilorganisationen vorsehen. Man kann eine relative oder eine absolute Mehrheit verlangen, aber all das muss man ja bei jeder Abstimmung von der Volksbefragung bis zur Schulspracherwahl vorher festlegen. Und das hat sich die SBO-Parteiführung nicht überlegt. Sie haben schon den Vorschlag angesprochen vom über-oestrichen Parteischiff Michael Lindner. Der sagt, jetzt sollte man schauen, dass zumindest ein gewisses Mindestmaß an Unterstützungserklärungen gesammelt werden muss von jedem einzelnen Kandidaten. Ist das eine gute Idee? Das wäre eine gute Idee gewesen, wenn man das vorher festlegt, um jeden Kandidaten, den wenigen Kandidatinnen, auch eine Vorbereitungszeit zu geben. Jetzt im Nachhinein hat das den schalen Beigeschmack von falsch verstandener Direktdemokratie. Vor allem weil das jetzt nicht in einem Diskussionsprozess entschieden wird, sondern wieder Direktdemokratie von oben ist, ein kleines, elitäres Gremium. In dem Fall das Parteipräsidium entscheidet, wie man sich Direktdemokratie so vorstellt. Und es zeigt sich ein weiteres Mal die Pyramidenstruktur, ein politikwissenschaftlicher Fachausdruck der SPÖ und generell traditioneller Parteien. Man braucht sehr lange und es ist mühsam, von unten, wie nach einer Pyramide, nach oben zu klettern. Oben sind aber die Mächtigen, die gerne von oben herab auch entscheiden. Und genau das passiert jetzt wieder, was immer heute herauskommt beim Präsidium. Viele Namen sind ja noch unbekannt von denen, die sich beworben haben, der bekannteste und möglicherweise relevanteste Herausforderer von Randy Wagen und Drosko Zil ist der Dreißkirchner Bürgermeister Andreas Babler. Er kann auch die sozialen Medien gut für sich nutzen, kann er der lachende Dritte sein am Ende? Es gibt keine seriöse Prognose-Möglichkeit, wie eine Abstimmung ausgeht. Wer das behauptet, hat entweder strategische Interessen in der Kommunikation oder sagt einfach so die Unwahrheit, denn über die Grundgesamtheit der stimmberechtigten Mitglieder und deren Präferenzen wissen wir nichts. Der einzige Vorteil für die SPÖ ist, dass es eine Klärung ist, gerade auch bei Andreas Babler, wo er das Spektrum möglich ist, der ist ihren Phänomen in einer Twitterblase oder er hat tatsächlich Mehrheiten hinter sich. Es gab seinen Vorzugstimmen im Wahlkampf in Niederösterreich, da hat er sehr viele Stimmen bekommen, aber nicht so viele, dass eine Vorreihung auf der Kandidatenliste vom Landeswahlrecht her erfolgt ist. Und jetzt werden wir sehen, wie sein Partei interner Rückhalt wirklich ist. Und dergleichen Fragen müssen sich natürlich auf die Parteivorsitzende

unter bürgerländischen Andersorten anstellen.

Das aktuelle Chaos rund um die Mitgliederbefragung kann man ja auch positiv sehen, wie man will. Nämlich, dass sich viele Menschen aktiv einbringen wollen.

9.000 Neueintritte ist da ja doch eine sehr große Zahl.

Die hat es zuletzt gegeben, weil viele Mitstimmen wollten und wollen.

Also wie könnte die SPÖ idealerweise von dieser Dynamik profitieren?

Die SPÖ kann natürlich hoffen auf Zeitablauf.

Plangemäß ist der letzte mögliche Nationalratswahltermin im September 2024.

Also selbst wenn jetzt noch weiter Turbulenzen, die teilweise an Kabaree-Rinnen stattfinden, hat man die Chance auf eine Konsolidierungsphase.

Was die Mitglieder betrifft und die jetzt mitstimmen,

ist das aber natürlich nicht repräsentativ für die SPÖ-Wählerschaft.

Die SPÖ hat circa 140.000 Mitglieder, jetzt plus 10.000 Neue.

Die etablierten Mitglieder sind überdurchschnittlich alt, im Durchschnitt bereits in Pension.

Die Neuen sind auch keine typische Gruppe für die Wähler.

Den Wählerinnen und Wähler hatte man bei der letzten Nationalratswahl ziemlich genau 1 Million.

Will noch mehr bekommen.

Wie hoch die Wahlbeteiligung auch immer sein wird bei der Vorsitzendenabstimmung.

Es wird wohl auch nur weniger als jeder 10. SPÖ-Wähler oder Wählerin da abstimmen.

Also man weiß dann erst recht nicht, wie das bei der Wahl alles ankommt.

Sie haben den regulären Wahltermin im Herbst 2024 schon angesprochen.

Sehen wir uns daher noch die bundespolitische Situation insgesamt an.

Da haben offenbar einige bei den Grünen die Sorge,

dass ÖVP-Chef und Bundeskanzler Nehammer vorgezogene Neuwahlen im Sinn haben könnte.

Nehammer selbst hat das gestern in der ORF-Pressestunde dementiert.

Aber wie schätzen Sie die Wahrscheinlichkeit für vorgezogene Neuwahlen ein?

Wenn es nach Kriterien strategischer Vernunft geht, ist die Neuwahl-Wahrscheinlichkeit gering.

Denn es muss eben wie bei jedem Gesetzesbeschluss im Nationalrat

dort eine Mehrheit dafür sein und damit sich mindestens eine der beiden Regierungsparteien auch für Neuwahlen aussprechen.

Beide würden ihre Amtszeit verkürzen, denn so schlecht können Umfragen gar nicht sein,

dass wenn man bei 30, 35 Prozent liegt miteinander,

dass man glaubt, wir haben nachher wieder eine Mehrheit.

Das wäre übrigens auch finanziell geschäftschädigendes Verhalten bei beiden Parteien,

weil sich ja Parteiförderungen nach dem jeweils letzten Wahlergebnis richten

und man könnte sich bei den Grünen mit noch größerer Wahrscheinlichkeit als bei der ÖVP vor allem wieder auf die Oppositionsbank befördern.

Und die ÖVP würde einen strategischen Denkfehler machen.

Sie sieht, wie in den letzten 100 Jahren immer die S-Böhe als ärztliche Wahlen.

In Wahrheit gibt es aber einen lachenden Dritten.

Und warum sollte es der ÖVP im Wahlkampf gegen die Freiheitlichen irgendwie helfen, wenn sie jetzt die Neuwahlen geht? Ich sehe keinen Grund.

Nach den Regeln der Vernunft also keine vorgezogenen Neuwahlen in Sicht,

sagt der Politologe Peter Filzmeier. Vielen Dank für diese Einschätzungen.

Ich bedanke mich.

In Israel hat sich der Streit um die Justizreform noch einmal zugespitzt.

Der Verteidigungsminister hat sich am Wochenende für eine Verschiebung der umstrittenen Reform eingesetzt.

Daraufhin hat den Regierungschef Netanyahu einfach entlassen.

Die Reaktion darauf waren erneut Massenproteste im ganzen Land.

Aus Tel Aviv berichtet der Tim Kupal.

Breaking News, die israelischen TV-Sender unterbrechen am späten Abend ihr reguläres Programm.

Rorschung von Netanyahu,

Premierminister Netanyahu entscheidet, Verteidigungsminister Joav Galant zu entlassen.

Erst am Vortag hatte Galant in einer TV-Ansprache einen Stopp,

der umstrittenen Reform gefordert, aus Sicherheitsgründen.

Die Nachricht von der Entlassung des Verteidigungsministers

wirkt wie ein Dammbbruch 10.000 Menschen strömen spontan auf die Straßen.

In Haifa, Bersheba, in Jerusalem, der Demonstrant Roy blockiert mit hunderten anderen die Autobahn in Tel Aviv.

Es reicht, der Verteidigungsminister stellt sich hin und sagt, wir sind hingefahren,

man hört ihm einfach nicht zu, das ist unglaublich mit offenen Augen in den Abgrund.

Die Polizei setzt Wasserwerfer ein, erst in den frühen Morgenstunden wird die Autobahn geräumt.

Der Streit um die Justizreform hat hier in Israel eine neue Eskalationsstufe erreicht.

In der Dreier-Kollektion in Berlin sind zuletzt immer öfter Spannungen und Konflikte sichtbar geworden,

bis hin zur öffentlichen und deutlichen Kritik durch Wirtschaftsminister Habeck von den Grünen an FDP und SPD.

Jetzt versucht man offenbar die Wogen wieder etwas zu glätten bei einem Treffen des Kollektionsausschusses in Berlin.

Dieses Treffen geht am Vormittag weiter, berichtet Markus Müller.

Bis spät in den Nacht wurde verhandelt und heute Vormittag soll es weitergehen.

Ob dabei alle Streitpunkte zwischen den drei Regierungsparteien, SPD, FDP und den Grünen ausgeräumt werden können, ist aber fraglich.

Bei Wirtschaft, Energieversorgung, Klimaschutz und grüner Transformation hat es in den letzten Monaten immer mehr Spannungen gegeben,

vor allem zwischen den beiden kleineren Kollektionspartnern.

Die Grünen wollen einen massiven Ausbau und Verbesserungen bei der Bahn, die FDP hingegen, einen weiteren Ausbau des Autobahnnetzes.

Die schlechten Wahlergebnisse der Liberalen bei mehreren Landtagswahlen hat das ohnehin nicht besonders guter Gesprächsklima noch weiter verschlechtert.

Beobachter gehen nach den gestrigen Gesprächen davon aus, dass wenigstens bei einigen konkreten Streitpunkten Einigungen erzielt werden können.

Vorgestellt werden sollen sie heute im Laufe des Tages.

Die Umstellung auf die Sommerzeit haben wir am Wochenende hinter uns gebracht und wie jedes Jahr dauert es ein paar Tage, bis man sich daran gewöhnt hat.

Im Libanon ist diese Umstellung heuer aber eine echte Herausforderung, denn seit dem Wochenende gibt es zwei verschiedene Zeitzonen,

weil der Regierungschef die Umstellung erst nach dem Ramadan umsetzen will, die christlich-maronitische Kirche, aber doch schon jetzt, berichtet Karim El-Gohari.

Die Libanesen haben seit diesem Wochenende die Wahl.

Warten sie mit der Umstellung auf die Sommerzeit, wie es der muslimische Regierungschef Najib Meccati angewiesen hat oder folgen sie der maronitischen Kirche, die schon jetzt umgestellt hat.

Das Ergebnis ist ein Zeitchaos. Ein Video verbreitet es sich auf den sozialen Medien wie ein Lauffeuer.

Zu sehen ist dort eine Uhr auf dem Flughafen, die 9 Uhr 5 angibt und eine andere ein paar Meter weiter, auf der es schon 10 Uhr 5 ist.

Der Premierminister begründet seine Anweisung noch nicht umzustellen mit dem islamischen Fastenmonat Ramadan, in der er nicht die Zeit für das abendliche Fastenbrechen verschieben möchte.

Doch die maronitische Kirche will wir jedes Jahr zum gleichen Zeitpunkt umstellen.

Das Ergebnis, den nationale Fluglinie stellt nicht um, einige christliche Fernsehstationen senden mit der neuen Zeit und so weiter.

In kurz Kommentaren machen sich libanesische Bürger über die Unfähigkeit ihres Staates lustig.

Ob ihr es glaubt oder nicht, wir haben jetzt zwei Zeitzonen.

Unsere christlichen Brüder haben die Uhr vorgedreht, während unsere muslimischen Brüder noch nicht umgestellt haben.

Ich bin beispielsweise gerade im christlichen Teil Beirut.

Wenn ich um 5 Uhr Nachmittag losfahre, komme ich im benachbarten muslimischen Stadtteil um 4 Uhr an. Das kann mir keiner erklären.

Wie er, haben die meisten libanesen für das Zeitchaos nur Kopfschütteln über.

Der muslim-mohammed al-Arab schlägt vor, an jedem Arm eine Uhr zu tragen, falls er nach der neuen oder alten Zeit gefragt wird.

Für die politische Elite hat er nur Verachtung über.

Sie schaffen nur Probleme und vertiefen die Gräben zwischen muslimen und christen, die an der Macht glauben, dass sie von diesem Streit profitieren können.

Andere vergleichen das Ganze mit den zahlreichen Wechselkursen ihrer nationalen Währung mit verschiedenen Bank- und Schwarzmarktraten.

Die zwei Zeitzonen, sagen sie, sind symptomatisch für einen Staat, der wirtschaftlich und politisch vor dem Scheit ansteht.

Die Meldungen hat jetzt Julia Wötzing.

Angesichts der Massenproteste gegen die Pensionsreform in Frankreich kündigt Premierministerin Elizabeth Bonn Gespräche an. Anfang April will sie führende Oppositionspolitiker, Vertreter der Regierungsparteien und der Gemeinten treffen, um das Land zu beruhigen, wie sie sagt.

Sie sei zu treffen mit allen Sozialpartnern bereit. Für morgen ist ein landesweiter Protest geplant.

Für Kritik sorgt die Ankündigung von Russlands Präsident Putin, Atomwaffen in Belarus zu stationieren. Die Ukraine verlangt eine außerordentliche Sitzung des UN-Sicherheitsrats.

EU-Außenbeauftragter Josep Borrell droht Belarus mit weiteren Sanktionen, sollte der Plan umgesetzt werden.

Das Militärbündnis NATO beschreibt Russlands nukleare Rhetorik als gefährlich und unverantwortlich. Man sei wachsam.

Die schottische Nationalpartei gibt heute bekannt, wer der scheidenden Partei und Regierung,

[Transcript] Ö1 Journale / Morgenjournal um 8 (27.03.2023)

Chefin Nikola Sturgeon, nachfolgt.

Die Parteimitglieder können noch bis Mittag abstimmen. Zwei Kandidatinnen und ein Kandidat hatten sich um das Amt beworben.

Nordkorea hat laut südkoreanischen Angaben zwei Kurzstreckenraketen abgefeuert. Die Raketen seien in Richtung japanisches Meer geflogen.

Die Japans Küstenwache bestätigt zwei Geschosse. Die Flugkörper hatten eine Reichweite von 350 km. Nordkorea hat zuletzt mehrere Raketen abgefeuert.

In Berlin ist ein Volksentscheid über eine frühere Klimaneutralität gescheitert. Die Abstimmung gestern hat die notwendige Zahl an Ja-Stimmen nicht erreicht.

Die Initiatoren wollten erreichen, dass sich Berlin verpflichtet, bis 2030 klimaneutral zu werden.

Noch ein Blick auf das Wetter, Kälte und Sturm, dazu besonders in und rund um die Nordalpen Schneefall.

Und bis in die Täler, sonst anfangs ein paar Schauer und am Nachmittag auch Sonnenfenster, Höchstwerte ein bis zehn Grad.

Das war das Morgenschnall um acht, das ist gleich acht Uhr und 20 Minuten.